

Auf dem Weg zu einem fortschrittlichen Gesetz über Tabakprodukte: ein Wendepunkt in der Parlamentsdebatte

Am 13. August 2019 kündigte die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats (SGK-S) einen positiven Richtungswechsel bei der Ausarbeitung des neuen Gesetzes über Tabakprodukte (TabPG) an. Die von der Kommission überarbeiteten Bestimmungen zielen darauf ab, Minderjährige besser vor dem Konsum von Tabakprodukten und E-Zigaretten zu schützen. Die Kommission beschloss, das Verkaufsverbot solcher Produkte an Personen unter 18 Jahren auf die ganze Schweiz auszudehnen, die Beschränkungen für die Werbung, auch im Internet, zu verstärken und das Sponsoring und die Werbung für Aktivitäten von Bund, Kantonen und Gemeinden zu verbieten. Das neue TabPG wird auch die Offenlegung von Ausgaben der Tabakindustrie für Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring an die zuständigen Behörden erfordern. Diese Änderungen erfüllen die notwendigen Voraussetzungen, damit die Schweiz das WHO-Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakkonsums (FCTC) ratifizieren kann.

Diese Verbesserungen des TabPG wurden mit großer Mehrheit und Unterstützung von Vertreterinnen und Vertretern aller politischen Parteien angenommen. Der Jugendschutz und die Kontrolle von Tabakprodukten und E-Zigaretten sind in der Tat keine parteipolitischen Fragen, sondern menschliche und soziale Fragen, die einen evidenzbasierten Ansatz erfordern. Die Swiss School of Public Health (SSPH+) kann einen solchen Schritt nur begrüßen.

Es ist wichtig daran zu erinnern, dass viele Raucherinnen und Raucher vor dem 18. Lebensjahr mit dem Rauchen beginnen und die große Mehrheit der Werbe- und Marketingausgaben der Tabakindustrie direkt auf junge Menschen abzielt. Nikotin ist eine der am meisten süchtig machenden Substanzen und Tabak ist die Todesursache Nummer eins unter den vermeidbaren Risikofaktoren weltweit. Die Tabakindustrie muss für konstanten Nachschub an Raucherinnen und Rauchern sorgen, da viele Raucherinnen und Raucher frühzeitig sterben. Der Tabakindustrie bleibt nichts Anderes übrig, als Minderjährige anzusprechen. Dies zeigen viele Studien, die nicht von der Industrie finanziert wurden. Heute ist der richtige Zeitpunkt, um diese Strategie zu stoppen, die sich seit den 70er Jahren nicht geändert hat.

Dies ist nicht nur ein menschliches und gesundheitliches Problem, sondern auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Der Beitrag der Tabakindustrie zur Schweizer Wirtschaft, die von dieser stets übertrieben dargestellt wird, bleibt weit unter den vom Tabakkonsum verursachten direkten und indirekten Kosten. Ein wirksames Tabakproduktegesetz würde dem Schweizer Sozialsystem eine Ersparnis von 600 Millionen Franken ermöglichen, dies vor dem Hintergrund, dass die beiden Haupt Sorgen der Schweizer Bevölkerung ihre Gesundheit und die Gesundheitskosten, insbesondere die Krankenkassenprämien, sind.

Damit das Gesetz wirksam Minderjährige schützt, fordert die SSPH+ das Parlament auf, Werbung an Verkaufsorten und in Kinos sowie die Plakatwerbung einzuschränken. Der Schutz von Minderjährigen ohne eine breite Einschränkung der Werbung ist sonst nicht erreichbar, wofür es starke Evidenz gibt. Die SSPH+ wird die Öffentlichkeit und ihre Vertreterinnen und Vertreter in der Bundesversammlung weiterhin über die reale Gefahr von schädlichen Tabakprodukten und E-Zigaretten informieren.

Die SSPH+ setzt sich weiterhin dafür ein, die Kontrolle von Tabakprodukten durch Änderungen der schweizerischen Gesetze und Richtlinien zu verstärken. Die von der SGK-S hervorgerufenen Veränderungen sind eine grundlegende und positive Veränderung, aber es bleibt noch viel zu tun, und die SSPH+ wird weiterhin tätig sein, um den Verbrauch von Produkten, die die Gesundheit und Wirtschaft in der Schweiz bedrohen, zu reduzieren.

Zürich, 21. August 2019